

Jahresthema 2019 „Friedensmacht Europa in einer Welt aus dem Gleichgewicht?“
Zweiter Vortrag des Jahres 2019 am 29. April 2019 in der Hanns-Seidel-Stiftung

MARKUS RINDERSPACHER, MITGLIED DES BAYERISCHEN LANDTAGS

EUROPÄISCHE UNION AM SCHEIDEWEG – VOR DEN EUROPAAWAHLEN AM 26. MAI 2019

Der demokratische Konsens der großen Volksparteien ist ihr entscheidendes Merkmal – über den Tellerrand hinausblicken, sich nicht im Klein-Klein verstricken.

Den Zusammenhalt der großen Volksparteien zeigen die Symbolik in Douaumont zwischen Kanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand auf dem Kriegerfriedhof von Verdun am 22. September 1984¹ und ebenso die (erstmalige) Teilnahme des deutschen Kanzlers Gerhard Schröder am D-Day-Gedenken in der Normandie am 6. Juni 2004², auch das Treffen von Kanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident François Hollande³. Wirken wir auch innenpolitisch für die Europäische Idee oder verlieren wir uns im Geplänkel? Gemeinsam sollten wir große Linien besprechen.

Die kommende Europawahl am 26. Mai 2019 – eine Schicksalswahl? Vermutlich ist diese neunte Europawahl die wichtigste – falls sie schiefeht, geht vieles noch mehr aus dem Gleichgewicht.

Sie ist entscheidend wie die Jahre 1914/18, 1939/45 und 1949 – wenn es schiefeht, wird später die Frage lauten, dass etwas Besonderes war, sich seit 2004 etwas geändert hat, denn die Demokratie ist nicht mehr auf dem Vormarsch (Francis Fukuyama)⁴:

- Aus dem „arabischen Frühling“ ist ein arabischer Winter geworden in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit und der Medien.
- Laut US-Studien sind nur noch 46 % der Weltbevölkerung in liberalen Demokratien zuhause – und es werden weniger.⁵

Der Nationalismus ist auf dem Vormarsch („Patriotismus“), wenn aber Minderheiten abgestempelt werden oder Hass propagiert wird, wackelt die

¹ Siehe dazu z.B. https://www.helmut-kohl.de/verdun_1984.html (eingesehen 14.06.2019).

² Siehe dazu z.B. die Berichte im „Stern“ und der „Welt“, www.stern.de/politik/ausland/60-jahre-d-day--beispielhafte--versoehnung-in-der-normandie-3069008.html und www.welt.de/print-welt/article318777/Kritik-an-Schroeders-D-Day-Auftritt.html (eingesehen 14.06.2019).

³ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/verdun-frankreich-hollande-trifft-merkel-auf-soldatenfriedhof-a-1094714.html> (eingesehen 09.07.2019)

⁴ Siehe z.B. in der NZZ: <https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/ueber-den-zeitgeist-die-kraft-des-langen-atems-ld.115243> (eingesehen 09.07.2019).

⁵ Siehe dazu die Berichte „Freedom in the World 2019“, zu finden unter [HTTPS://FREEDOMHOUSE.ORG/SITES/DEFAULT/FILES/ABRIDGED_FH_FITW_2019_REPORT_FINAL.PDF](https://freedomhouse.org/sites/default/files/ABRIDGED_FH_FITW_2019_REPORT_FINAL.PDF) (KURZFASSUNG, eingesehen 04.07.2019).

Demokratie. Und das hat Folgewirkungen für das Zusammenleben. Am 17. Januar 1995 sagte Präsident François Mitterrand in seiner Abschiedsrede im Europaparlament in Straßburg: „Nationalismus ist die Weltanschauung, die zum Krieg führt.“

Die Europäische Idee sollte den Frieden bringen – wird diese Idee noch Bestand haben nach dem 26. Mai? Wird sich die EU in eine andere Richtung entwickeln? Zum Beispiel zu einem „Europa der Vaterländer“?

Warum ist der Nationalismus wieder auf dem Vormarsch? Auch in Bayern hat jeder achte Wähler ihn in den Landtag gewählt – und Bayern ist die siebtgrößte Volkswirtschaft in der EU. These: Der Nationalismus ist stark, wenn es starke soziale Herausforderungen gibt. Nach dem tschechisch-französischen Politologen Jacques Rupnik⁶ ist Nationalismus die Antwort auf Freiheit. Beispiele dafür sind die Reformation – die Gegenreformation war darauf die beinharte Antwort mit Unfreiheit und Autoritarismus – und die Französische Revolution von 1789 – die Antwort war die Restauration von 1810/14.

Der Begriff der Transnationalität wird in Osteuropa anders interpretiert als nach 1945 bei uns im Westen. Wir lernen aus der Geschichte: Osteuropa wurde mit dem Fall des Eisernen Vorhangs aus der Transnationalität Moskaus befreit – wir tun uns damit schwer. Osteuropa propagiert eine gesunde Ichhaltung gegenüber Moskau. Allerdings ist der Nationalismus dort so ausgeartet, dass Ungarn keine unabhängige Justiz (Richter/Staatsanwälte) mehr hat und der Wunsch nach illiberaler Demokratie besteht statt Kontrolle der politischen Exekutive durch das Parlament. In Polen werden regierungskritische Journalisten in den Medien, im TV ausgetauscht. In Rumänien sind „Sozialdemokraten“ an der Macht, die allerdings aufgrund Korruption diesen Namen nicht verdienen. Auch Österreich hat Probleme. In Frankreich wäre Marine LePen fast Präsidentin geworden. In den Niederlanden betreibt Geert Wilders, in Finnland betreiben die „Wahren Finnen“ eine wenig einfallsreiche Politik von Abgrenzung und Hass, in der Flüchtlinge die Sündenböcke darstellen, die an allem schuld sind. Es hat keine maßgebliche Verbesserung in den USA und in der Türkei gegeben, seit die ersteren sich von Europa abgegrenzt haben und in der Türkei wird die wirtschaftliche Prosperität behindert durch fehlenden inneren Frieden. Daher ist am 26. Mai bei der Europawahl eine hohe Wahlbeteiligung der Demokraten nötig, damit es zu keiner Sperreminorität der Nationalen kommt.

Der Begriff des Friedens ist wichtig, siehe dazu den Krieg in der Ostukraine und die völkerrechtswidrigen Annexionen. Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung zählte 2018 16 Kriege und 25 begrenzte Kriege/kriegerische Auseinandersetzungen und 214 militärische Konflikte weltweit⁷; Kriege nicht um Öl oder Wasser, sondern um Religion und Nationalität! Daher sind friedensstiftende Organisationen wie die Eu

⁶ Siehe <https://www.coleurope.eu/whoswho/person/jacques.rupnik> oder <http://www.sciencespo.fr/ceri/en/users/jacquesrupnik> (02.10.2019).

⁷ Siehe Conflict Barometer 2018, zu finden unter <https://hiik.de/konfliktbarometer/aktuelle-ausgabe/> (eingesehen 09.07.2019).

wichtiger denn je, gerade bei einem sich auf das Recht des Stärkeren berufenden wie Präsident Donald Trump. Der chinesische starke Mann Xi Jinping beispielsweise sagte im Januar 2019, die Volksrepublik China würde ihre Sicht auch militärisch durchsetzen gegen Taiwan. ⁸ Momentan befinden wir uns in einer Rüstungsspirale, 2018 wurden dafür 1,82 Billionen \$ ausgegeben – die Rüstungsausgaben steigen weltweit, auch in China. Wenn die USA wie angekündigt den INF-Vertrag am 2. August 2019 kündigen, kommt es zu einer neuen atomaren Rüstungsspirale. Deshalb ist Verantwortung nötig, d.h. es muss Interesse an Rüstungskontrolle bestehen. Dafür war Kanzler Helmut Kohl ein gutes Beispiel: er hat mit den “Kleinen“ (Staaten) geredet, weil von Deutschland immer eine Gefahr ausging, und sich nicht zu kleinherzig gezeigt ihnen gegenüber. *Frieden ist kein Anachronismus*, es ist jederzeit daran zu arbeiten!

Die Europäische Union ist zu verbessern. Das Problem ist nicht die Zahl der Beamten – die EU hat 38.000 Beamte bei 500.000.000 Einwohnern, Bayern hat im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr – sondern die selbstgeschaffene Bürokratie: Aus einem Text/Gesetzesvorhaben aus Brüssel mit vier Seiten werden in Berlin zwölf Seiten und in München 40 Seiten.

Ein weiteres Problem ist, dass Brüssel so weit weg ist – „was machen die für mich“: Demokratiedefizit (das betrifft allerdings auch nationale Parlamente). Die Demokratie in Europa muss wahrnehmbarer und ansprechbarer sein, der Bürger muss dabei sein, sich dabei fühlen – die Juncker-Kommission hat sich mehr um das große Ganze gekümmert. Auch die Fragen des Sozialen blieben eher außen vor, bis 2017 war die EU stark binnenmarktzentriert (Schengen, Europäische Währung etc.). Es wurden zwischen 2008 und 2010 1,8 Billionen € aufgewendet für die Bankenrettung, aber für eine europäische Arbeitslosenversicherung, Mindestlohn oder eine Bankenunion war kein Geld da – aber zugleich zahlen Großkonzerne wie Starbucks keine Steuern?

Daher wurde 2017 mit der „sozialen Säule“ begonnen, den europäischen Mindestlohn hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker auf seine Fahnen geschrieben (ein Mindestlohn in der Höhe von 60 % eines Medians, wie heute schon in Slowenien und Frankreich). Fragestellungen der Bürger sind zu beachten, nicht von Konzernen, wie z.B. DIN-Normen oder keine Staus für Waren/Grenzen. Das ist *konstitutiv für den Fortbestand der europäischen Idee!*

Auch beim Thema Klimaschutz: es sind die notwendigen Beschlüsse zu fassen, es geht um die Fähigkeit, uns Zielsetzungen zu geben und gemeinsam zu handeln! Landwirtschaftspolitik ist neu zu definieren. Denn die Agrarpolitik in der EU hat Reformbedarf, momentan werden große Höfe gefördert, 3 % der Arbeitnehmer in Bayern arbeiten heute noch in der Landwirtschaft, während 37 % der Subventionen in die Landwirtschaft gehen. Das Prinzip „Masse statt Klasse“ – bedingungslose Förderung! – darf ab 2021 nicht mehr gelten, sondern eine Koppelung an das Gemeinwohl.

⁸ Siehe http://german.xinhuanet.com/2019-01/03/c_137717351.htm (eingesehen 09.07.2019).

Deutschland ist nicht im 20. Jahrhundert verhaftet, während sich die Welt in einem dramatischen Wandel befindet! Das 21. Jahrhundert wird anders sein – chinesisch bestimmt. Die Volksrepublik China positioniert sich als Supermacht. Die ökonomische Macht setzt sich zusammen aus der unbarmherzigen (repressiven, undemokratischen) Kraft des Leninismus und der unbarmherzigen Kraft des Kapitalismus, so die Sicht der Volksrepublik – das Prinzip des Starken verdoppelt sich. Siehe dazu die Initiative für die „Neue Seidenstraße“: für 900 Mrd. \$ wird weltweit Infrastruktur geschaffen; in China ist das Fünffache an privatem Vermögen vorhanden im Vergleich zu Deutschland. Und die Volksrepublik China hält sich aus allen Weltkonflikte heraus, anders als Spanien oder die USA ... Xi Jinping ist der stärkste Staatschef der Volksrepublik China, Alleinherrscher laut Verfassung. Zum Thema Europa sagt er: „Das System Europa ist von gestern“, vgl. die Forderung von Kaiser Wilhelm II. nach einem „Platz an der Sonne“. Schon Napoleon verglich China mit einem schlafenden Riesen. Wir hingegen verzetteln uns und übersehen die chinesische Wucht gegenüber sozialer Marktwirtschaft oder Minderheitenschutz – nur ein starker europäischer Zusammenhalt ermöglicht es uns, den Chinesen die Stirn zu bieten. Hierfür ist Industriepolitik und nicht nur ein Markt nötig, China hat dafür Dirigismus (die Solarindustrie ist von Sachsen nach China abgewandert) und Protektionismus (E-Auto-Quote). Auch in den USA standen hinter Erfindungen/Entwicklungen wie GPS, Siri, Touchscreen ein Plan – wir müssen dagegenhalten!

Der Kompromiss in der Demokratie ist wichtig, der Kompromiss zwischen den Parteien ist der „Edelstein“ der Demokratie.

Wir müssen die Europäische Idee hochhalten und propagieren! Auch, oder gerade, wenn Europa heute nur noch 7 % der Welt ausmacht im Gegensatz zu 25 % 1950.

Die EU ist ein Erfolgsmodell, dieses ist zu bewahren (und nicht das chinesische): wir brauchen eine starke Europäische Union, es geht um unsere Zukunft, um das Zusammenhalten!

Siehe dazu das Edmund Burke zugeschriebene Zitat: „Damit das Böse siegreich sein wird, reicht es, wenn die Guten nichts tun“.

EVA DITTRICH, ASS. JUR.